



Tödliches Risiko

M O B I L F U N K

Wann wird Ministerin Künast endlich tätig?

Die Zeiten für die Betreiber von Mobilfunk werden rauer. Immer mehr Bürger wehren sich. Schließlich steht die Gesundheit auf dem Spiel.

Mehrere Kinder in einer Schule im spanischen Valladolid erkrankten an Krebs. Kurz darauf starben sie an Leukämie. Eine Suche nach Umweltgiften blieb erfolglos. Bis eine Ansammlung von 36 Mobilfunk-Basisstationen als mögliche Ursache in Betracht gezogen wurde. Ein

Richter verfügte die sofortige Abschaltung. Inzwischen sind an weiteren Schulen und Kindergärten derartige Krebsfälle bekannt geworden. Die Kommunen in Spanien drängen die Betreiber, einen Abstand von mindestens 500 Metern von sensiblen Einrichtungen ein-

zuhalten, und drohen mit Stromsperrern.

Auch in Deutschland sperren sich die Kommunen. Immer mehr weigern sich, entsprechende Standorte auszuweisen. Nachdem in Hessen und Nordrhein-Westfalen in

Wohngebieten von den Gerichten eine Baugenehmigungspflicht ausgesprochen wurde, gibt es die ersten Funklöcher.

Einzelne der inzwischen über 11 000 Bürgerinitiativen in Deutschland wenden sich an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Das Gericht jedoch wiegelt – noch – ab. Der Staat habe keine Pflicht zur Vorsorge gegen rein hypothetische Ge-





fährdungen. Die geltenden Grenzwerte könnten nur beanstandet werden, wenn erkennbar sei, dass sie die menschliche Gesundheit völlig unzureichend schützen. Das Oberlandesgericht Hamm ging da schon einen Schritt weiter. In seinem Beschluss vom 3. Januar 2002 heißt es: „Die derzeit bestehende Ungewissheit, ob und in welchem Maße von Mobilfunkantennen gesundheitliche Gefahren ausgehen, reicht allein für die Annahme einer tatsäch-



Mahnt mehr Vorsorge beim Mobilfunk an: Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz

lichen Benachteiligung aus, die ein Wohnungseigentümer nicht hinnehmen muss.“ (Aktenzeichen 15 W 287/01)

Tatsächlich ist eine allumfassende Beweisführung äußerst schwierig oder wird behindert. Der Staat geht aber angesichts der zahlreichen Verdachtsmomente und deutlichen Hinweise reichlich fahrlässig mit der Volksgesundheit um. Dies jedenfalls meinte der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, anlässlich der Tagung „Elektrosmog – wie zuverlässig ist die öffentliche Vorsorge gegen die Strahlenrisiken des Mobilfunks?“ an der Evangelischen Akademie in Loccum: „Entscheidend ist, dass es bei der

Bewertung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes nicht ausreicht, nur zwischen wissenschaftlich Nachgewiesenem oder Nicht-Nachgewiesenem zu unterscheiden.“ Vielmehr sei klar, „dass wissenschaftliche Hinweise auf mögliche Risiken tatsächlich bestehen.“

Auf der gleichen Tagung belegte Professor Rainer Frentzel-Beyme (Uni Bremen) aus der Sicht des Epidemiologen, dass eine systematische Forschung bisher nicht stattgefunden habe, sondern offenbar – zumindest von Betreiberseite – nicht gewünscht werde. Die Forschung der Wirkungen würde systematisch behindert, insbesondere dann, wenn unerwünschte Ergebnisse absehbar seien.

Das Bundesamt für Strahlenschutz, das vor zwei Jahren dem Mobilfunk noch uneingeschränkt „kein Gefährdungspotential“ bescheinigt hat, ist mittlerweile den Betreibern ein Dorn im Auge. Sie wüten gegen die Bundesbehörde, seit Amtschef König die Eltern aufgefordert hat, ihre Kinder möglichst von Handys fernzuhalten. Bemerkenswert ist jedenfalls, dass die IARC, eine Organisation der Weltgesundheitsorganisation, die hochfrequente elektromagnetische Strahlung im Juni 2001 in die Liste der Krebs erregenden Faktoren aufgenommen hat.

Auch in der Landwirtschaft reißen die Meldungen über Missbildungen, Aborte und Probleme mit der Fruchtbarkeit in der Nähe von Basisstationen nicht ab. Die betroffenen Bauern wollen damit nicht an die Öffentlichkeit, weil sie Nachteile beim Absatz ihrer Produkte befürchten. Deutliche Wertverluste auch auf dem Immobilienmarkt: Benachbarte Mobilfunkantennen drücken den Preis empfindlich.

Den Gipfel der Unverfrorenheit erreichte Volker Jung, Vor-

standsmitglied von Siemens und Präsident des Branchenverbandes Bitkom. Dem Berliner „Tagesspiegel“ diktierte er in die Feder, dass keines von insgesamt 20 000 Gutachten einen Verdacht auf Schadwirkung ergeben hätte: „Wäre dem so, würden wir sofort mit dem Netzaufbau aufhören, damit wir nicht noch mehr Geld in Sand setzen.“ Übrigens sieht sich Jung außerstande, ein entsprechendes Literaturverzeichnis beizubringen.

Es gibt mittlerweile eine Reihe sehr ernst zu nehmender Befunde aus Untersuchungen an stärker belasteten Bevölkerungsgruppen und aus Tierexperimenten, die auf eine krebsfördernde Wirkung hochfrequenter elektromagnetischer Felder, wie sie beim Mobilfunk benutzt werden, hindeuten. So das Fazit der Ecolog-Studie im Auftrag der Deutschen Telekom. Zum gleichen Ergebnis kam eine Gruppe von Wissenschaftlern in Spanien nach der Auswertung von 600 Studien.

In Spanien wurde wenigstens reagiert. Rund 2000 Sendeanlagen sind stillgelegt oder an andere Standorte verlegt worden. Und in Deutschland? Das Verbraucherschutzministerium reagiert beim leisesten Verdacht mit rigoroser Vorsorge, wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht – bei Lebensmitteln. Würde nur der vage Hinweis auf einen Krebsverdacht bestehen, die betreffenden Nahrungsmittel wären in kürzester Zeit aus den Regalen verschwunden.

Beim Thema Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunk ver-

steckt sich die ansonsten so resolute Ministerin Renate Künast (Bündnis 90 / Die Grünen) hinter den Feststellungen der Strahlenschutzkommission, die keine Gefährdung unterhalb der geltenden Grenzwerte sieht. Der besorgte Verbraucher fragt sich: Wird hier mit zweierlei

Sieht keinen Handlungsbedarf beim Handy-Risiko: Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Die Grünen)



Maß gemessen? Die konventionelle Landwirtschaft in die Pfanne zu hauen, das ist politisch wirkungsvoll und bringt Punkte. Gegen die Mobilfunklobby anzutreten, dafür fehlt es Frau Künast an Format.

Sie kritisiert zwar schneidig die Mobilfunkanbieter wegen deren SMS-Gebührenerhöhung, in Sachen Verbrauchergesundheit jedoch übt sie sich in auffällender Zurückhaltung. Warum auch an einer Sache rühren, die außer Ärger nur Scherereien einbringt?

Karl Schweinberger

Die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. hat einen neuen Ratgeber herausgebracht: „Elektrosmog“, in dem es auch um die Handyproblematik geht. Er ist gegen Rechnung zu beziehen beim Versandservice vzbv, Postfach 1116, 59930 Olsberg, Tel. 0 29 62 / 90 86 47 (Preis 4,80 € inkl. Versand).